

Solidarisches Wohnen Österreich

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen von LINKS-KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.03.2021 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

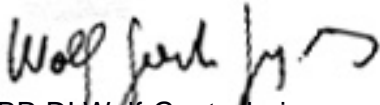
Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, dass die Bundesregierung zur Sicherung des Wohnrechts aller in Österreich lebender Menschen im Coronajahr 2021 einen Coronakrisenausgleichsfonds (Solidarisches Wohnen Österreich) installiert.

Begründung

Die zum Schutz der Volksgesundheit im Zuge der Coronakrise erlassenen Lockdown Erlässe und Gesetze zwingen die Menschen, ihre Wohnungen nur in Ausnahmefällen zu verlassen. Die verhängten Quarantänen sind nur möglich, wenn das Wohnrecht lückenlos gesichert ist. Wenn die Menschen durch Zahlungsunfähigkeit dieses Recht verlieren, kann das Ziel „Schutz der Volksgesundheit“ nicht erreicht werden.

Daher ist es notwendig, mit einem Krisenausgleichsfonds die Spekulationsgewinne der Immobilienverwerter (Betongold) in den Coronajahren per Sondergesetz abzuschöpfen und damit sowohl die MieterInnen der kommunalen Wohnbauten (wie z.B. Wiener Wohnen) als auch die MieterInnen der Privathäuser und Genossenschaftswohnungen abzusichern. Dabei sollen in Wien auch die 5 % der kleinen HausbesitzerInnen profitieren.

Für LINKS-KPÖ Margareten



BR DI Wolf-Goetz Burjans
Klubvorsitzender

BRin Leonie Volonte